Stadt Haldensleben
Der Bürgermeister
Amt für Bildung, Kultur, Soziales, Jugend und Sport

B e s c h l u s s v o r l a g e
für den öffentlichen Teil der Sitzung des Stadtrates am 25.07.2013

Beschluss-Nr.: 278-(V.)/2013

Gegenstand der Vorlage:
Beteiligung der Stadt Haldensleben an einer möglichen Kommunalverfassungsbeschwerde des Städte- und Gemeindebundes Sachsen-Anhalt gegen das Gesetz zur Änderung des KiFöG und anderer Gesetze vom 23.01.2013 (GVBl.LSA S. 33 ff) und die Beteiligung an einem vorgeschalteten Gutachten zur Prüfung der Erfolgsaussichten mit 1.000,00 Euro.

Gesetzliche Grundlagen:
§§ 44 (3), Ziffer 22 der Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt (GO LSA) in der Fassung der Bekanntmachung vom 10.08.2009 (GVBl. LSA 2009, Seite 383)
Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt

Begründung:

Ab 01.08.2013 sind die Landkreise die Adressaten des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz. Die Gemeinden können wie bisher Träger von Kindertageseinrichtungen sein und haben überdies eine Reihe von Aufgaben und Mitwirkungspflichten zu erfüllen, ohne selbst Leistungsverpflichtete zu sein. Die Gemeinden bleiben nach wie vor in der Finanzierungsverantwortung, obwohl sie keine Leistungsverpflichtung mehr ausüben müssen.

Das Präsidium des Städte- und Gemeindebundes Sachsen-Anhalt hat am 21.04.2013 u.a. den Beschluss gefasst, zur Überprüfung der Erfolgsaussichten einer Kommunalverfassungsbeschwerde ein Gutachten zu beauftragen, das insbesondere folgende Rechtsfragen betrachtet:

1. Aufgabenhochzonung bzw. Aufgabenentzug

Zentrale Frage ist, ob es sich bei der Verlagerung der Leistungsverpflichtung von der Gemeinde- auf die Landkreisebene nur um eine Veränderung der verwaltungstechnischen Zuordnung der Aufgabe aus der örtlichen Gemeinschaft handelt.

Mit Blick auf die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes (insbesondere Rastede-Urteil-BVerfGE 79, 127) aber auch mit Blick auf die Entscheidung des Landesverfassungsgerichtes (LVG 19/97) ist es durchaus denkbar, dass eine materiell-rechtliche Hochzonung und damit ein unzulässiger Entzug einer Aufgabe der öffentlichen Gemeinschaft stattgefunden haben kann.

2. Verstoß gegen das Konnexitätsprinzip nach Artikel 87 Absatz 3 LVerfLSA

2.1. Durch die Novelle des KiFöG werden neue Standards für die Einrichtungsträger geschaffen (z.B. Wiedereinführung des Ganztagsanspruches für alle Kinder), die mit zusätzlichen Kosten einhergehen und nicht durch einen entsprechenden Mehrbelastungsausgleich gegenfinanziert sind. Der Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalt geht derzeit von einer Finanzierungslücke von rund 30 Mio. Euro/Jahr aus.

2.2. Obwohl die Leistungsverpflichtung zukünftig den Landkreisen übertragen werden soll, wird die Gemeindeebene verpflichtet, die Defizite der freien Träger in Höhe von mindestens 50 v.H. zu tragen (§ 12 b KiFöG) ohne, dass hierfür ein Mehrbelastungs-

ausgleich vorgesehen ist.

Das Gutachten wird voraussichtlich im August/September 2013 vorliegen. Anschließend wird das Präsidium in Abstimmung mit den klagebereiten Verbandsmitgliedern entscheiden, ob eine Kommunalverfassungsbeschwerde erhoben werden soll.

Die Finanzierung des Verfahrens soll aus Mitteln des Prozesskostenfonds des SGSA und einer Beteiligung je beteiligtem Verbandsmitglied in Höhe von 1.000,00 Euro erfolgen.

Finanzielle Auswirkungen:

Aufwendg./Auszahlg.: EUR 1.000,00

HH-Jahr , KTR: 1111102, KST: 30100100,I.-Nr.: , SK/FK 543108/743108

Die Mittel stehen planmäßig zur Verfügung: **ja** nein

Deckungsquelle:

(Mehr-)Erträge/Einzahlg.: EUR

HH-Jahr , KTR: , KST: ,I.-Nr.: , SK/FK /

Beschlussempfehlungen und -fassungen:

Ausschuss	am:	Abstimmungsergebnis
Schul-, Sozial-, Kultur- und Sportausschuss	04.06.2013	
Hauptausschuss	13.06.2013	
Stadtrat	25.07.2013	

Anlagen:

Beschlussfassung:

Der Stadtrat der Stadt Haldensleben beschließt die Beteiligung der Stadt an einer möglichen Kommunalverfassungsbeschwerde des Städte- und Gemeindebundes Sachsen-Anhalt gegen das Gesetz zur Änderung des Kinderförderungsgesetzes und anderer Gesetze vom 23.01.2013 (GVBl. LSA S. 33 ff) und die Beteiligung an einem vorgeschalteten Gutachten zur Prüfung der Erfolgsaussichten mit 1.000,00 Euro.

Bürgermeister